



Schünemann will Telekommunikations-Vollüberwachung

Hannoversche Datenschützer kritisieren fadenscheinige Argumentation

Stellvertretend für seine Unions-Kollegen forderte der niedersächsische Innenminister Schünemann zum gestrigen Abschluss der Innenministerkonferenz die Wiedereinführung der verdachtslosen Telekommunikationsüberwachung aller Bürger. Die von ihm dabei angeführten Argumente halten einer genaueren Überprüfung allerdings nicht stand, reklamieren die Engagierten der hannoverschen Gruppe vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung.

"Von Frankfurt geht ein ganz kräftiger Beschluss in Richtung Berlin: Die Antiterrorgesetze müssen verlängert werden und auch die Vorratsdatenspeicherung muss jetzt in Kraft treten," so die deutliche Ansage des niedersächsischen Innenministers Schünemann auf der gestrigen Konferenz der Länder-Innenminister¹. Als Begründung führt der als Hardliner bekannte Konservative ein jüngst in Brüssel eingeführtes Vertragsverletzungsverfahren² an und wird auch nicht müde, in gewohnter Manier auf die angeblich ständige "Bedrohungslage durch den islamistischen Extremismus" hinzuweisen.

Auch sein Kollege, der Berliner Innensenator Körting, wünscht sich die umfassende Überwachung und Speicherung der Kommunikationsdaten aller in Deutschland lebenden Menschen - ohne Anfangsverdacht - und argumentiert mit dem Einzelfall der so genannten "Düsseldorfer Zelle".

Die hannoversche Gruppe der Bürgerinitiative "Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung"³ sieht das allerdings ganz anders.

So sei ein Vertragsverletzungsverfahren wegen der Nichtumsetzung einer EU-Richtlinie gar nichts außergewöhnliches: Insgesamt 68 offene Vertragsverletzungsverfahren seien anhängig (Stand: 2010⁴) und das nehme niemand dafür zum Anlass, um verfassungsrechtlich umstrittene und grundrechtsbelastende Gesetze unter Zuhilfenahme öffentlich erzeugten Drucks einzuführen.

Weiterhin erlauben es die EU-Verträge mit Artikel 114 Absatz 4 AEUV⁵ der Bundesregierung, aus wichtigen Gründen (wie hier der Schutz der Grundrechte) einzelne Teile ansonsten verpflichtender EU-Richtlinien nicht umzusetzen. Dazu müsste allerdings eine entsprechende Anzeige an die EU-Kommission gemacht werden; das ist bislang nicht geschehen.

1 http://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2011/06/22/df_20110622_1318_1265396f.mp3

2 <http://www.heise.de/newsticker/meldung/EU-leitet-Vertragsverletzungsverfahren-wegen-fehlender-Vorratsdatenspeicherung-ein-1265266.html>

3 <http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Ortsgruppen/Hannover>

4 http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9435_de.htm

5 <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:115:0047:0199:DE:PDF>

"Es wird deutlich, dass der unbelehrbaren großen Koalition aus CDU/CSU- und SPD-Innenministern die Argumente ausgehen, wenn sie sich auf derart hölzerne Begründungen berufen müssen, um die Totalprokollierung der Kommunikation der gesamten Bevölkerung durchdrücken zu wollen," sagt Michael Ebeling vom AK Vorrat Hannover. "Nicht überprüfbare und daher mit Vorsicht zu genießende Einzel-Erfolge in der Terrorismusbekämpfung sollen dafür herhalten, die Erfassung des Verhaltens und der Kommunikation aller Menschen zu begründen, ohne dass es dafür Verdachtsmomente bräuchte. Das wäre die Abkehr vom rechtsstaatlichen Prinzip der Unschuldsvermutung, eine Art Dammbbruch."

Bereits einmal hatten die CDU/CSU- und SPD-Bundespolitiker entgegen allen sachkundigen Warnungen Gesetze zur Vorratsdatenspeicherung eingeführt und sich dafür vom Bundesverfassungsgericht eine schallende Ohrfeige eingehandelt. Die Gesetze wurden in Karlsruhe nämlich auf Beschwerden von über 34.000 Bürgern hin als verfassungswidrig und für null und nichtig erklärt.

Das Streitthema Vorratsdatenspeicherung wird durch aktuelle Ereignisse besonders brisant: Erst vor wenigen Tagen war eher zufällig bekannt geworden, dass die sächsische Polizei auf Demonstrationen⁶ und weit darüber hinaus⁷ hunderttausende von Verbindungsdaten heimlich aufgezeichnet, gespeichert und zweckentfremdet hat. Datenschützer gehen davon aus, dass diese Praxis mit gängigem Recht unvereinbar ist⁸.

"Dieser Fall von heimlicher Massenüberwachung zeigt ganz klar, wie die Praxis heute schon aussieht und wie die Speicherung von Verbindungsdaten zu genau dem führen kann, wovor das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil gegen die Vorratsdatenspeicherungsregelungen gewarnt hat," führt Ebeling an. "Ein *diffus bedrohliches Gefühl des Beobachtetseins*, das zur Einschränkung von Meinungs- und Versammlungsfreiheiten führt, wie in diesem Fall - das ist doch Gift für unsere Gesellschaft!"

Die FDP schlägt in der derzeitigen Debatte mit ihrem Diskussionsentwurf⁹ hingegen eine Abwandlung des von Bürgerrechtlern favorisierten Quick-Freeze-Verfahrens vor. Doch sogar die von Frau Leutheuser-Schnarrenberger ausgestaltete Entwurfsvorlage beinhaltet eine siebentägige Vorratsdatenspeicherung von IP-Adressen, die von Datenschützern, Juristen und IT-Experten aufgrund ihrer weitreichenden Bedeutung¹⁰ eine strikte Ablehnung erfährt¹¹.

Der **Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung** („AK Vorrat“) ist ein deutschlandweiter Zusammenschluss von freiheitsliebenden Menschen und Fachleuten aus Bürgerrechts- und Datenschutzorganisationen. Der Ursprung des Arbeitskreises ist die gemeinsame Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung, an der sich über 34.000 Bürger beteiligt haben. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 2. März 2010 der Klage stattgegeben und das Gesetz in der bestehenden Form als verfassungswidrig erklärt. In regionalen „Ortsgruppen“ engagieren sich die einzelnen Mitglieder darüber hinaus in weiteren Aktivitäten rund um das Thema Datenschutz, Bürger- und Menschenrechte – meistens mit dann regionalem Bezug.

Mehr über den AK Vorrat gibt es unter: <http://www.vorratsdatenspeicherung.de>

Nähere Informationen über die Ortsgruppe Hannover im AK Vorrat finden Sie unter: <http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Hannover>

Pressekontakt

Michael Ebeling
Kochstraße 6
30451 Hannover
01577 / 39 19 170
og-hannover@vorratsdatenspeicherung.de

6 <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Dresdner-Polizei-wertet-tausende-Handydaten-aus-1263070.html>

7 <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Bericht-Saechsische-Polizei-wertet-massenhaft-Daten-aus-1264926.html>

8 <http://149.219.195.51/themen/politik/nrw03/datenschutz/110622.jhtml>

9 http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/images/DiskE_.pdf

10 <http://www.vorratsdatenspeicherung.de/content/view/456/79/lang.de/>

11 http://www.daten-speicherung.de/data/ip-vorratsdatenspeicherung_stoppen.pdf